Dirk Stegmann: Emil Possehl und seine alldeutschen Senatskollegen in Lübeck

Ein Beitrag zum völkischen Nationalismus vor 1918

In seiner Heimatstadt Lübeck ist Emil Possehl als bedeutender industrieller Unternehmer sowie als großer Mäzen kein Unbekannter; seine herausragende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung seiner Vaterstadt steht außer Frage.[1] 1905 war er an der Gründung der Lübecker Hochofenwerke beteiligt, auf Reichsebene stieg Possehl bis 1914 zum größten Importeur von schwedischem Erz in Europa auf, er besaß in Schweden, Norwegen und Russland industrielle Werke.

Über Possehl als Politiker hingegen wissen wir nur wenig. Große Teile seines Nachlasses sind durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen. Es handelt sich bei diesem Beitrag daher um ein Stück Spurensuche. Weil viele Quellen fehlen, haben die politischen und sozialen Kontexte, innerhalb derer Possehl agiert hat, eine besondere Wertigkeit.[2]

Emil Possehl wurde 1850 geboren, als 21-jähriger nahm er am deutsch-französischen Krieg 1870/71 teil. Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 durch Otto von Bismarck war für ihn das zentrale Erlebnis, wie für die meisten seiner bürgerlichen Zeitgenossen. Der Flickenteppich Deutschland wurde zum Einheitsstaat, das neue Deutsche Reich europäische Großmacht, seit den 1880er Jahren dann auch Kolonialmacht. Die von Possehl mehrfach beklagte wirtschaftliche Rückständigkeit hörte auf zu bestehen. Gewerbefreiheit, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, gleiche Münzen und Gewichte beflügelten die Unternehmer. Bismarck wurde für eine ganze Generation von Besitz und Bildung der politische Leitstern, und zwar innen- wie außenpolitisch.

Das galt insbesondere auch für Possehl, das verband ihn mit bedeutenden Großindustriellen seiner Generation wie etwa Emil Kirdorf, (Gelsenkirchener Bergwerks AG), Jahrgang 1847, mit dem er seit den späten 1870er Jahren in Zusammenhang mit Kohle- und Erzgeschäften in Kontakt kam, oder auch für Hugo Stinnes, Jahrgang 1870, den zwanzig Jahre Jüngeren. Kritische Zeitgenossen sprachen nicht von ungefähr von der bismarckbegeisterten Großindustrie.

Außenpolitisch erstarkte der neue deutsche Nationalstaat. Wenn auch zuerst mit Vorbehalten, so akzeptierte Bismarck die Forderung der Unternehmer und Überseekaufleute nach Kolonien. Das deutsche Reich wurde Kolonialmacht, es wollte aufschließen zu den etablierten Kolonialmächten England und Frankreich.

Innenpolitisch bedeutete Bismarck: Repression der Sozialdemokratie durch staatliche Gesetzgebung; das Sozialistengesetz war von 1878 bis 1890 in Kraft, abgefedert durch die Anfänge staatlicher Sozialgesetzgebung seit 1881. Bismarcks Sozialpolitik beförderte die Entwicklung eines autoritären Patriarchalismus, eine Politik, die das Unternehmerlager übernahm. Possehl forderte „soldatisches Verhalten", „Ordnung und Disziplin"[3] in seinen Betrieben. Die Fabrik sollte organisiert sein wie die Armee, das war auch der

1 Jan-Jasper Fast, Vom Handwerker zum Unternehmer. Die Lübecker Familie Possehl, Lübeck 2000.
2 Zu Possehl vgl. D. Stegmann, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts. Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918, in: DG, Bd. 24, Malente 2013, S. 39-62. In der Festschrift zur Possehl-Stiftung 1919 - 2019 von Axel Schildt: Possehl. Geschichte und Charakter einer Stiftung, Freiburg 2019 versucht der Autor, Possehl zu „entpolitisieren" bzw. das Ausmaß seiner politischen Aktivitäten herunterzuspielen.
3 Helmut Niendorf unter Mitarbeit von Kurt Haß, im Auftrage der Possehl-Stiftung, Geschichte des Handelshauses Possehl 1847-1919, Lübeck 1962, S. 111

Bild rechts:
Bronzebüste von Emil Manzel. Quelle: Geschichte des Handelshauses Possehl 1847-1919. Im Auftrage der Possehl-Stiftung von H. Niendorf, Lübeck 1962, o. S. (=S. 6).

Standpunkt im Lager der Großindustrie, vor allem an der Ruhr.[4] Eine Mitsprache der Arbeiterschaft mittels der Gewerkschaften war nicht vorgesehen, diese wurde als Verhandlungspartner kategorisch abgelehnt. Erst spät, am 1. Mai 1917, plante Possehl eine Ruhegehaltskasse für seine Arbeiter und Angestellten.[5] Ziel blieb, die politische Emanzipation der Arbeiterschaft zu verhindern. Die SPD wurde deshalb bekämpft, die Freien Gewerkschaften wurden als Verhandlungspartner nicht anerkannt.

In dieses Bild passt, dass Possehl, der lübische Stadtbürger, aber auch „begeisterte Reichsdeutsche und glühende Patriot“[6], der in Bonn bei den preußischen Husaren gedient hatte, 1913 eine Million Mark für ein Kaiser Wilhelm-Volkshaus stiftete, notabene: für Wilhelm I., dessen Paladin Bismarck war, nicht etwa für Wilhelm II. Geplant waren Lesesäle, eine Bibliothek und eine Bücherausleihe, dazu ein großer Vortragssaal. Die Realisierung dieses Vorhabens wurde dann durch den Kriegsausbruch verhindert.

Die Entlassung Bismarcks 1890 stellte für Possehls Generation eine tiefe Zäsur dar. Der Fall des Sozialistengesetzes, für dessen Verlängerung es im Reichstag keine Mehrheiten mehr gab, führte zum Aufschwung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im Reich, auch in Lübeck. Mit einer Unterbrechung zwischen 1893 und 1898 eroberte die SPD mit Theodor Schwartz in Lübeck den Reichstagswahlkreis im Kaiserreich. Spätestens seit 1900 expandierten auch in Lübeck die Freien Gewerkschaften. Das alles waren unübersehbare Bedrohungspotentiale für die Anhänger des gesellschaftlichen Status quo.

In der Lübecker Bürgerschaft blieb man dagegen aufgrund des im Stadtstaat herrschenden Wahlrechts, das Besitz und Bildung massiv privilegierte, noch weitgehend unter sich; ein Sozialdemokrat – wiederum Theodor Schwartz – trat hier erstmalig 1905 auf diese politische Bühne in der Stadt.

Das Jahr 1890 markiert auch eine außenpolitische Zäsur: Der Nachfolger Bismarcks, General Leo von Caprivi, schien die nationale Expansionspolitik in Übersee aufzugeben, als er 1891 die Insel Sansibar gegen Helgoland tauschte. Das wurde als ein zutiefst negatives Signal verstanden. Als Protest gegen die neue Regierung wurde deshalb 1891 in Berlin der Allgemeine Deutsche Verband (seit 1894 Alldeutscher Verband) gegründet, der als außerparlamentarische pressure group auftrat, um pointiert im Namen Bismarcks eine deutsche Weltmachtpolitik einzufordern. Bismarck selbst wurde am 1. April 1895 Ehrenmitglied.[7]

Generell fanden nationale Verbände seit den 1890er Jahren verstärkt Zuspruch bei Besitz und Bildung, sie definierten sich als überparteilich. Damals wurde nach der älteren Deutschen Kolonialgesellschaft (1882) nicht nur der Alldeutsche Verband gegründet, sondern etwas später auch der Deutsche Flottenverein (1898), es folgte der Deutsche Ostmarkenverein (1899), 1912 dann der Deutsche Wehrverein.

4 So brachte der langjährige Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (sog. Langnamverein), Wilhelm Beumer, dieses Selbstverständnis am 12.4.1890 auf die Formel: „Ein Fortbestehen der Industrie (ist) nur möglich, wenn die Autorität des Arbeitgebers gewahrt, wenn Zucht und Disziplin aufrechterhalten bleibt ... „Werkstatt und Armee“ müssten „einander gleichen“, vgl. Mitteilungen des Langnamvereins, 4, 5, 6, 1890, S. 89.

5 H. Niendorf, S. 137.

6 Ebenda, S. 138.

7 Pläne, den Allgemeinen Deutschen Verband 1893 zu einer Nationalpartei umzugestalten, scheiterten, vgl. D. Stegmann, Between economic Interests and radical Nationalism. Attempts to found a new right-wing Party in Imperial Germany 1887-1894, in: Larry E. Jones/James Retallack, Between Reform and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945, Providence, Oxford 1992, S. 157-185.

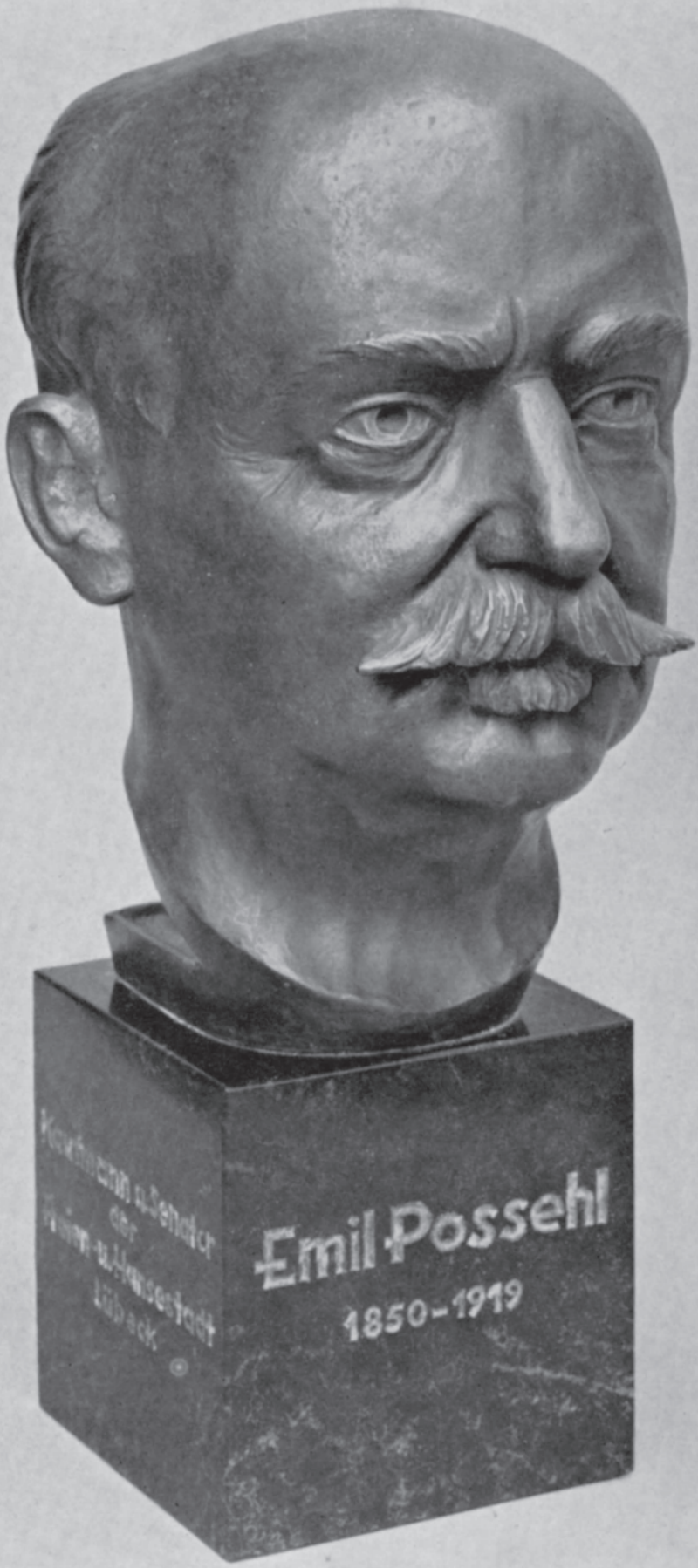

Emil Possehl
1850-1919

Bild rechts:
Johann Martin Andreas Neumann (1865-1928), Foto: Stadtarchiv Lübeck.

Der Name Emil Possehl taucht in den Gründungsdokumenten des Alldeutschen Verbandes nicht auf. Aus Lübeck unterschrieb für den Vorstand des neuen Verbandes allein der Präsident der Handelskammer, Hermann Lange; dazu bedeutende rheinisch-westfälische Unternehmer wie Emil Kirdorf oder Carl Lueg vom Haniel-Konzern (zu dem unter anderem die Gutehoffnungshütte in Oberhausen gehörte), dazu Universitätsprofessoren, Oberlehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Verbandsgeschäftsführer sowie Reichstags- und Landtagsabgeordnete aus dem rechtsliberalen und konservativen Spektrum.[8]

Im Alldeutschen Verband[9] war einmal die ältere Generation vertreten, die – wie Possehl – die Reichsgründung 1870/71 bewusst miterlebt hatte, dann aber auch eine deutlich jüngere Generation, die den Heros Bismarck nur als amtierenden Reichskanzler kannte. Einer der Initiatoren der Gründung des Allgemeinen Deutschen Verbandes war ein junger Rechtsreferendar aus Hildesheim, Alfred Hugenberg, Jahrgang 1865, der nach einer steilen Karriere in der preußischen Ministerialbürokratie und nach Führungspositionen in der privaten Wirtschaft im Jahr 1909 bei Krupp zum Vorsitzenden des Direktoriums aufsteigen sollte.

Der neue Verband wollte eine „Weltstellung" des Deutschen Reiches erwerben, wie sie seinem „Rang als europäischer Großmacht entspricht"[10] (Gründungsaufruf 1891). Dieses Selbstverständnis war weit verbreitet in den Kreisen von Besitz und Bildung, hier sah man das neue Deutsche Reich in der Rolle des Zuspätgekommenen und forderte jetzt Teilhabe im Konzert der großen Mächte. Man kann von einem Honoratioren-Nationalismus sprechen, der sich im Alldeutschen Verband artikulierte. Der junge Nationalökonom Max Weber, selbst bis 1899 alldeutsches Verbandsmitglied, formulierte dieses Selbstverständnis in seiner Freiburger Antrittsrede 1895 folgendermaßen: „Wir müssen begreifen, dass die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte."[11]

Mit der seit 1896 von der neuen Reichsregierung unter der Ägide des jungen Kaisers Wilhelm II. und seines neuen Staatssekretärs des Äußeren, Bernhard von Bülow, eingeleiteten Flottenpolitik sah sich dann das Deutsche Reich auf dem Weg zur politischen Gleichberechtigung mit den etablierten Weltmächten England, Rußland und den U.S.A. Der alldeutsche Verbands-Vorsitzende Ernst Hasse (Jahrgang 1846), ein Leipziger Geographieprofessor, der bis zu seinem Tode 1908 amtierte, saß für die Nationalliberale Partei im Reichstag. Unter seiner Ägide wurden Themen wie die Germanisierung der sogenannten Ostmark oder Migrations- und Rassefragen auf den alldeutschen Verbandstagungen eingeführt,[12] Hasse stand dabei für eine „Biologisierung des Nationsbegriffs."[13] Er war kein Antisemit und wollte die Emanzipation der deutschen Juden nicht rückgängig machen, forderte aber die Beschränkung der ostjüdischen Einwanderung.

8 Otto Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes. Leipzig u. Berlin 1920, Anlage 5 (Aufruf), S. 350-351.

9 Vgl. dazu Michael Peters, Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1908-1914). Ein Beitrag zur Geschichte des völkischen Nationalismus im spätwilhelminischen Deutschland, Frankfurt, Bern, New York, Paris 1992; Rainer Hering, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003 und Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868 -1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn, München, Wien, Zürich 2012.

10 Otto Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig und Berlin 1920, S. 248 f. (Anlage 5).

11 Max Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik (1895), in: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1958, S. 23.

12 Vgl. das Kapitel Rasse, in: Ernst Hasse, Deutsche Politik. Erster Band, Heimatpolitik, 4. Heft, Die Zukunft des deutschen Volkstums, München 1907, S. 46 ff.

13 So J. Leicht, Heinrich Claß, S. 93 ff.

Der Alldeutsche Verband blieb Honoratiorenverein, er hatte bis zum Kriegsausbruch rund 18 000 Mitglieder, erst im 1. Weltkrieg wurden es bis 1918 maximal 36 000. Durch alldeutsche Zeitungen in Berlin (Deutsche Zeitung, Deutscher Kurier, Berliner Neueste Nachrichten, Die Post, Tägliche Rundschau) und in der Provinz (insbesondere Rheinisch-Westfälische Zeitung) wurden die Zielsetzungen des Verbands jedoch in eine breitere Öffentlichkeit getragen.

Im Februar 1896, 25 Jahre nach der Reichsgründung, wurde auch in Lübeck eine alldeutsche Ortsgruppe gegründet, die von 1900 an einen großen Aufschwung nahm, und zwar dank der Initiative des späteren lübischen Senators Johannes Neumann, Jahrgang 1865, gleich alt wie Hugenberg, seit 1900 auch Vorsitzender der Ortsgruppe. Schon 1904 fand ein jährlicher Verbandstag des Alldeutschen Verbandes in der Hansestadt statt, dann noch einmal 1911. Die Ortsgruppe stieg bis 1914 zur zweitgrößten im Deutschen Reich auf, mit knapp 300 Mitgliedern, hinter Hamburg mit rund 600 Mitgliedern. Lübeck avancierte 1910 zudem zum sogenannten Vorort des Nordelbischen Gauverbandes, der die Aktivitäten der Ortsgruppen in Hamburg, Bremen, Kiel und Flensburg bündeln sollte.

Der Jurist Neumann war bereits 1899 in die lübische Bürgerschaft gewählt worden, 1904 wurde er Senator; er fungierte als stellvertretender Polizeiherr, leitete die Justizkommission und war zudem Vorsitzender der Militärkommission. 1917 bis 1920 Vorsitzender der Finanzbehörde stieg er 1921 zum 1. Bürgermeister der Hansestadt auf.[14]

Neumann war damit Berufskollege von Emil Possehl im Senat, der schon drei Jahre vorher, 1901, Senator auf Lebenszeit geworden war und sich im Senat intensiv um die lübischen Wirtschaftsbelange kümmerte. Inwieweit Neumann und Possehl in engere persönliche Beziehungen kamen, ist nicht bekannt. Quellen hierzu im Nachlass Neumann fehlen.

Senator Neumann wurde aufgrund seiner Verdienste um die alldeutsche Sache schon 1904 in die Hauptleitung, das Führungsgremium des Alldeutschen Verbandes, gewählt, der er bis 1907 angehörte; danach war er bis zu seinem Tode 1928 in dessen Geschäftsführendem Ausschuss tätig.

Neben ihm gehörten bis 1918 weitere lübische Senatoren und Unternehmer der alldeutschen Ortsgruppe an:[15]

- Großkaufmann Johann H. Eschenburg, Jahrgang 1844
- Konsul Carl Dimpker, Jahrgang 1850, lange Jahre Wortführer in der Bürgerschaft, Präses der Handelskammer seit 1908
- Johann Evers, Jahrgang 1855, Senator seit 1903
- Georg Kalkbrenner, Jahrgang 1875, Senator 1907-1933
- Cay Diedrich Lienau, Jahrgang 1867, Senator seit 1908
- Julius Vermehren, Jahrgang 1855, Senator seit 1904

Hier versammelten sich also in erster Linie die Vertreter der älteren Reichsgründungs-Generation, aber auch einige jüngere Senatoren; die älteren waren deutlich in der Mehrzahl, gerade sie fühlten sich dem Erbe Bismarcks besonders verpflichtet. An der Feier des All-

14 1926 musste Neumann sein Amt aufgeben, weil er in alldeutsche Umsturzpläne verwickelt zu sein schien, vgl. ebenda, bes. S. 353 ff.

15 Rainer Hering, Alldeutsche Hansa? Zur Sozialstruktur des Alldeutschen Verbandes in Lübeck, in: Aus der Mitte des Landes. Klaus-Joachim Lorenzen- Schmidt zum 65. Geburtstag, Neumünster 2013, S. 451-461.

deutschen Verbandes zum hundertsten Geburtstag Bismarcks am 1. April 1915 in Friedrichsruh nahmen dann auch drei alldeutsche lübische Senatoren teil, darunter Neumann, wobei Senator Heinrich Evers als offizieller Vertreter des Senats auftrat.[16]

Diese starke Phalanx alldeutscher Senatoren in Lübeck überrascht – weder in der Hansestadt Hamburg noch in Bremen gelangten Alldeutsche in den Senat.[17]

Emil Possehl wurde damals noch kein Verbandsmitglied. Ob er womöglich mit dem Alldeutschen Verband sympathisierte, dazu lässt sich nichts Verlässliches sagen.

Possehl war ohnehin in den Jahren nach 1900 intensiv mit der Konsolidierung seiner Firmen in Deutschland und im Ausland, in Schweden und Russland, beschäftigt. Als seine Geschäfte wieder ins ruhige Fahrwasser kamen, engagierte er sich vorrangig auf Reichsebene für seine wirtschaftlichen Interessen. Im Sommer 1909 trat er dem damals gegründeten Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie bei, einem wirtschaftspolitischen Interessenverband, der gegen den preußischen Großgrundbesitz die gewerblichen Interessen in der Kontroverse um die Modalitäten der Reichsfinanzreform 1909 bündelte. Im 36-köpfigen Direktorium des Hansa-Bundes war er einziger Vertreter Lübecks. 1910 beklagte er intern die Enge Lübecks, er fühlte sich bei den „Industriekapitänen“[18] an der Ruhr besser aufgehoben.

Als im Sommer 1911 die Vertreter der rheinisch-westfälischen Großindustrie geschlossen den Hansa-Bund wieder verließen, weil es im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1912 zu unüberbrückbaren Gegensätzen mit dem Hansa-Bund-Präsidium in der Sozial-und Handelspolitik sowie in der Frage der Behandlung der Sozialdemokratie gekommen war,[19] ist nicht überliefert, ob Possehl diesem Kurs folgte. In dem Ende 1912 eingerichteten Industrierat[20] des Hansa-Bundes war er zumindest nicht vertreten, so dass anzunehmen ist, dass er sich dem Kurs der Großindustriellen an der Ruhr 1911 oder danach angeschlossen hat.[21]

II.

Für den Alldeutschen Verband wurde das Jahr 1908 zur gewichtigen Zäsur: Nach dem Tod von Hasse rückte der Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß, Jahrgang 1868, an die Spitze, ebenfalls ein begeisterter Bismarckianer. Als Bewunderer des Historikers Heinrich von Treitschke, dessen Vorlesungen an der Universität Berlin er besucht hatte, verstand er sich als bekennenden Antisemiten. Unter seiner Ägide wandelte sich der Politik-Stil des Verbandes. Der alte Honoratioren-Nationalismus öffnete sich zunehmend einem radikalen völkischen Nationalismus.

Johannes Leicht spricht in seiner Claß-Biographie von „Rassismus als Rechtfertigung von völkischer Prädestination.“[22] Auch Possehl war nicht frei von solchen Ideen, so, wenn er von dem „volklich höheren Rang der germanischen Völker und ihre[r] Berufung, zu ordnen und zu führen“[23] sprach.

16 R. Hering, Alldeutsche Hansa?, S. 461.

17 Vertreten waren daneben in der Lübecker Ortsgruppe Pastoren der Lübecker Kirchen, Richter und Staatsanwälte, darunter die Spitzen der Lübecker Justiz, die Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt (1834-1910) und Oemler (von 1913 bis 1930 im Amt). Die Ortsgruppe selbst wurde lange Zeit geführt von dem Oberlehrer Grube vom Lübecker Katharineum; dessen Leiter, Christian Reuter, war ebenfalls Verbandsmitglied.

18 H. Niendorf, S. 134.

19 D. Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln u. Berlin 1970, S. 239 ff.

20 In dem Ende 1912 vom Hansa-Bund eingerichteten Gremium fehlte Possehls Name, vgl. die Mitgliederliste in: Hansa-Bund Nr. 9, Dezember 1913, S. 120-121.

21 Die Angabe in der Monographie zum Hansa-Bund von Siegfried Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909-1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976, S. 194, ist nicht eindeutig; S. 247, Anm. 217, figuriert bei ihm zudem 1909 Possehl irrtümlich als Vertreter der Banken.

22 J. Leicht, Heinrich Claß, S. 85 ff.

23 H. Niendorf, S. 140, ohne Quellenangabe und Datierung.

Senator Neumann kannte den neuen Verbandschef seit 1900. Beide wurden politische Freunde und enge Vertraute. Das ging so weit, dass Neumann als lübischer Bevollmächtigter zum Bundesrat Claß über wichtige Agenda in diesem Gremium auf dem Laufenden hielt.[24]

Claß suchte von Anfang an die finanzielle Basis seines Verbandes durch Kontakte mit führenden Ruhrindustriellen zu verbreitern: Zentraler Anker dafür wurde Alfred Hugenberg. Dieser unterstützte den Verband und vermittelte 1910 auch erste Gespräche mit Emil Kirdorf, der sich zwar intern zu alldeutschen Zielsetzungen bekannte, aber nicht öffentlich hervortreten wollte; er hielt den Verband 1911 noch für zu schroff und unbedingt.[25] Auch Hugenberg blieb immer ein Mann des Hintergrundes, auch er trat öffentlich nicht hervor, das verbot schon seine exponierte Stellung als Vorstandschef bei Krupp.

Bild links:
Heinrich Claß (1868-1953). Foto aus dem Jahr 1928; Deutsches Historisches Museum, Berlin.

III.

Im außenpolitischen Krisenjahr 1911 betritt dann Emil Possehl erstmals offen die politische Bühne, und zwar auf dem Höhepunkt der 2. Marokko-Krise.[26] Mit der Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ hatte das Deutsche Reich eine ernste außenpolitische Krise ausgelöst und durch die Konfrontation mit Frankreich Europa an den Rand eines Krieges gebracht.

Am 10. Dezember 1911 nahm Possehl erstmals an der Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes[27] in Lübeck teil und trat hier in enge Beziehungen zu Claß. Dieser hat rückblickend in seinen 1932 veröffentlichten Memoiren folgende Charakteristik des Unternehmers gegeben; nach bewundernden Worten über den erfolgreichen Unternehmer fuhr Claß fort:

„Er war ein Herrenmensch durch und durch … In Lübeck war er unbeliebt, ja von vielen gehasst. Es wurde ihm nachgesagt, dass er gegen seine Angestellten und Arbeiter hart sei.“[28]

Des Weiteren behauptete Claß hier, Possehl wäre bereits „Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes gewesen.“ Diese Angabe, die von der Sekundärliteratur weithin ungeprüft übernommen worden ist[29], lässt sich von den Quellen her nicht aufrechterhalten. Tatsächlich trat Emil Possehl erst nach Beendigung der Lübecker Tagung dem Verband offiziell bei, das teilte Claß in einem Brief an einen Vertrauten, den alldeutschen Berliner Historiker Dietrich Schäfer, am 14. Dezember 1911 mit.[30]

Diese Mitgliedschaft blieb geheim, sie wurde nicht publik gemacht, Possehl wollte sich als Unternehmer nicht öffentlich positionieren. Für ihn galt diese Geheimhaltungsstrategie sogar noch im Kriegsjahr 1917, als die Lübecker Ortsgruppe im Adressbuch der Stadt ihre Führungsmitglieder präsentierte. Sein Name fehlt auch hier.[31]

Verbandsthema in diesem Herbst 1911 in Lübeck war die deutsche Marokkopolitik. Die alldeutsche Verbandsführung griff die Reichsregierung massiv an, Der Verband hatte konkrete außenpoliti-

24 H. Claß, Wider den Strom, Leipzig 1932, S. 260.

25 Vgl. die Belege bei D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 298, Anm. 263.

26 Das Deutsche Reich hatte im Herbst 1911 ein Kanonenboot nach Agadir entsandt, um seine wirtschaftlichen und politischen Interessen in Marokko gegenüber Frankreich zu bekräftigen, musste dann jedoch auf Druck der Großmächte den Rückzug antreten, was die nationalistische Öffentlichkeit in Deutschland zutiefst enttäuschte.

27 Vgl. Alldeutsche Blätter, 21. Jg., Nr. 50, 16.12.1911, S. 231; für den Zusammenhang M. Peters, Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges, S. 132 ff.

28 H. Claß, Wider den Strom. Leipzig 1932, S. 231.

29 Vgl. etwa Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 68; ebenso: Hans Jaeger, Unternehmer in der deutschen Politik (1890-1918), Bonn 1967, S. 132, u. ö.; Jan-Jasper Fast, Possehl, Emil, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 20, Berlin 2001, S. 655; ebenso: R. Hering, Alldeutsche Hansa?, S. 460.

30 H. Claß an Dietrich Schäfer, 14. Dezember 1911, in: Akten des Alldeutschen Verbandes Nr. 179 (alte Signatur im damaligen Deutschen Zentralarchiv I, Potsdam), heute im BArch Berlin.

31 Lübeckisches Adressbuch für 1917, Lübeck o. J., S. 937.

sche Ergebnisse in Marokko erwartet, womöglich territoriale Gewinne, es ging um Erzvorkommen und Interessen der Firma Mannesmann und allgemein um die überseeische Politik des Reiches. Der Verband tadelte das Zurückweichen vor Frankreich und forderte stattdessen Taten. Ein Referent mahnte an, die Afrikapolitik müsste intensiviert werden, man müsste den deutschen Kolonialbesitz in Afrika arrondieren, eine Landverbindung zwischen Deutsch-Südwest und Deutsch-Ostafrika herstellen und dazu den belgischen Kongo unter deutsche Herrschaft bringen. Die neue Parole hieß: Mittelafrika deutsch. Daneben gab es Stimmen im Alldeutschen Verband, welche die bisher weithin erfolglose Kolonialpolitik hintanstellen wollten und dafür eine Rückwendung zum europäischen Kontinent forderten; deren Parole hieß Stärkung der deutschen Position auf dem Kontinent, Mitteleuropa.

Die 2. Marokkokrise 1911[32] hatte die Kriegsgefahr in Europa erhöht. Weite Kreise im Besitz- und Bildungsbürgertum sahen kriegerische Auseinandersetzungen kommen. Die Entsendung des deutschen Kanonenbootes „Panther" nach Agadir war ein erstes Alarmzeichen gewesen, die kriegerischen Konflikte auf dem Balkan im Herbst 1912 vertieften weiter massiv diese Befürchtungen.

Auf der Lübecker Tagung 1911 wurde deshalb Possehl beauftragt, eine Denkschrift[33] an das Reichsamt des Innern auszuarbeiten. Das Reich sei wirtschaftlich in keiner Weise auf einen kommenden Krieg vorbereitet, deshalb sei die Einrichtung eines Wirtschaftlichen Generalstabes neben dem militärischen Generalstab notwendig, so Possehls Argumentation. Unternehmer und Kaufleute müssten mit den zivilen und militärischen Stellen kooperieren. Dass die militärische Führung mit einem kurzen Kriege rechne, sei zudem ein verhängnisvoller Irrtum. Das Reich müsse sich umfassend vorbereiten, vor allem mit Blick auf die befürchtete englische Seeblockade.

Im Januar 1912 wurde die Denkschrift Possehls an das Reichsamt des Innern gesandt, aber erst im April 1914 erfolgte eine Einladung an Possehl, seine Vorschläge mit den Vertretern der staatlichen Bürokratie zu erörtern.[34] Ende Juli 1914 fand noch eine Folgesitzung ohne Ergebnisse statt.

Unmittelbare Reaktion auf die allgemeine Krisenstimmung war die Gründung des Deutschen Wehrvereins. Geplant seit Dezember 1911, trat dieser nach der Gründungsversammlung am 28. Januar 1912 in Berlin Anfang Februar mit einem großen Aufruf an die Öffentlichkeit. Er forderte die massive Verstärkung von Heer und Marine, um für den kommenden Krieg gerüstet zu sein. Der Wehrverein war eine alldeutsche Gründung, seine führenden Mitglieder saßen in der Vereinsleitung. Vorsitzender wurde Generalleutnant August Keim, seit September 1911 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, zuvor lange Jahre in der Führung des Deutschen Flottenvereins tätig.[35]

Senator Neumann unterschrieb den Gründungsaufruf und war maßgeblich in Lübeck aktiv.[36] Emil Possehl saß prominent im Führungsgremium des Deutschen Wehrvereins, dem sogenannten

32 Vgl. dazu F. Fischer, Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, S. 117 ff.

33 H. Claß, Wider den Strom, S. 229 ff.; die Denkschrift selbst befindet sich im BArch Berlin, vormals Deutsches Zentralarchiv I, Potsdam, Reichsamt des Innern Nr. 18522, vgl. Fritz Fischer, Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, S. 282 Anm. 8.

34 Der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Lewald, gab Possehl am 4. 3. 1914 einen Zwischenbescheid, vgl. F. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 638, Anm. 5.

35 Vgl. dazu F. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 161 ff.; August Keim, Erlebtes und Erstrebtes, Hannover 1925, S. 174 f.

36 Lübeckisches Adressbuch für 1917, S. 938.

Ausschuss, und er war auch Redner auf der Gesamtvorstandssitzung am 12. Mai 1912 in Berlin. Dort referierte er vertraulich über die Notwendigkeit eines Wirtschaftlichen Generalstabes unter dem Titel „Wehrmacht und Erwerbsleben."[37]

Claß veranlasste Ende April 1912 General Keim, bei Possehl – dem „unermessslich reichen"[38] Mann – nachzufragen, ob dieser Geldmittel für den Deutschen Wehrverein zur Verfügung stellen könnte – ein Ergebnis ist nicht überliefert.[39] Einen Nachtrag seiner Denkschrift von 1912 ließ Possehl im übrigen noch einmal im Februar 1917 in Lübeck drucken.[40]

Der Deutsche Wehrverein war besonders stark in Schleswig-Holstein vertreten, er hatte hier mehr als 4000 Einzelmitglieder, davon allein 1300 in Kiel, bei damals 33 000 Einzelmitgliedern insgesamt. 1913 konnte der Wehrverein die Zahl seiner Einzelmitglieder auf knapp 78 000 steigern. Seine Agitation bildete das Präludium für die Große Heeresvorlage der Reichsregierung vom Spätsommer 1913, auch wenn diese weit hinter den Forderungen des Wehrvereins zurückblieb.

Für das konservativ-nationale Deutschland war das Jahr 1912 auch in innenpolitischer Hinsicht ein Krisenjahr: Bei den Reichstagswahlen 1912 wurde die Sozialdemokratie, nicht zuletzt dank des Stichwahl-Abkommens mit der Fortschrittlichen Volkspartei Friedrich Naumanns stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag mit 110 Abgeordneten, ein Menetekel für die politische Rechte.[41] Durch die lockere Kooperation von SPD und Linksliberalismus gab es zwar noch keine „linke" Mehrheit im Reichstag, aber im konservativen Lager stieg die Befürchtung, es könnte auf Dauer eine Mehrheit zustande kommen: ein Block von Ernst Bassermann, dem Führer der Nationalliberalen Partei, bis hin zu August Bebel, dem Führer der SPD, ein sogenannter Linksblock, womöglich mit der Zielsetzung, das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht im demokratischen Sinne abzuändern. Auch eine Parlamentarisierung der Reichsverfassung stand als politisches Menetekel im Raum.

Claß machte sich im Frühjahr 1912 zum Sprecher dieser Krisenängste. Er veröffentlichte anonym, unter dem Verfassernamen Daniel Frymann, ein Buch mit dem Titel: „Wenn ich der Kaiser wär'".

Claß-Frymanns Szenario war radikal: Um die Bismarcksche Reichsverfassung zu bewahren, forderte er die Abschaffung des Reichtagswahlrechts und dafür die Einführung eines Mehrstimmenwahlrechts, dazu die Wiederauflage des Sozialistengesetzes und die Revision der politischen Emanzipation der deutschen Juden – „Juden unter Fremdenrecht".

Außenpolitisch wurde der Krieg bejaht, Claß forderte eine „aggressive" Politik[42], das Deutsche Reich müsse „Land erwerben", wobei er eine „Ausdehnung nach Südosteuropa" favorisierte und nicht länger die „überseeische Siedlung": weg von Übersee, hin zu Mitteleuropa, auf dem Kontinent müsse das Deutsche Reich eine beherrschende Stellung gewinnen.[43]

37 Vgl. A. Keim, S. 179.

38 H. Claß an A. Keim 30.4.1912, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Akten des Alldeutschen Verbandes Nr. 406 (alte Signatur, jetzt BArch Berlin), zit. im Artikel „Deutscher Wehrverein", in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Köln 1984, S. 335 Anm. 47.

39 In einem Brief Keims an Claß vom 23.9. 1912 beklagte sich dieser über mangelnden Patriotismus im industriellen Lager, zit. bei Michel Korniman, Deutschland über alles. Le pangermanisme 1890-1945, Paris 1999, S. 531, Amm. 137, dort auch über Possehls Aktivitäten im Wehrverein und die ablehnende Haltung von Neumann 1912, Gelder zu geben.

40 Rede des Herrn Großkaufmann E. Possehl, Lübeck über „Wehrmacht und Erwerbsleben" in der 1. Gesamtvorstandssitzung des Deutschen Wehrvereins Berlin (Lehrervereinshaus) am 11. 5.1912. Nachtrag zum Wehrvortrag am 11.5. 1912, Lübeck, Februar 1917 (11 Seiten). Ich verdanke diesen Hinweis Chr. Rathmer, Lübeck. Die unterschiedliche Datierung - 11.5. statt 12. 5. – lässt sich nicht ohne weiteres aufklären. Wahrscheinlich war die Denkschrift vom 11.5. datiert, der Vortrag folgte am Tag darauf.

41 Zum ersten Mal hatten sich SPD und FVP bei den Stichwahlen darauf verständigt, jeweils den Kandidaten zu unterstützen, der in der sog. Hauptwahl die meisten Stimmen erhalten hatte. Zuvor hatten sich die bürgerlichen Parteien in der Regel bei den Stichwahlen zusammengeschlossen, um einen Kandidaten der SPD zu verhindern.

42 D. Frymann, Wenn ich der Kaiser wär`, 5. Auflage 1914, S. 138 ff.

43 Zur zeitgenössischen Rezeption des sog. Kaiserbuches vgl. D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 293 ff.; vgl. auch J. Leicht, dessen Interpretation jedoch überzogen ist, so, wenn er das Buch als Vorgeschichte des NS-Führerstaates zu interpretieren sucht.

Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten

Fünfte, erweiterte Auflage

21. bis 25. Tausend

Viel Feind' — viel Ehr'

Erschienen in Leipzig 1914 in der Dieterich'schen Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Inselstraße 10

Das Buch erlebte bis zum Frühjahr 1914 fünf Auflagen mit insgesamt 25 000 Exemplaren.

Nur ein kleiner Kreis im Verband wusste um die Verfasserschaft von Claß, dazu gehörte Alfred Hugenberg. Possehl wurde anscheinend nicht eingeweiht, ebenso wohl nicht Senator Neumann. Kirdorf, Hugenberg und auch Gustav Krupp von Bohlen und Halbach erhielten ein Exemplar; insbesondere letzterer war aber nicht bereit, schon aus Freundschaft zum Kaiser[44], sich für das Buch zu engagieren, hatte Frymann doch die Politik des Kaisers und seines Reichskanzlers Bethmann-Hollweg massiv kritisiert.

Die Wirkung, die dieses Buch in konservativen Kreisen entfaltet hat, zeigte sich beispielhaft, als Hugenberg Anfang April 1913 von seinem engen Freund, dem damaligen Königsberger Regierungspräsidenten Lothar Foerster[45], gefragt wurde, ob er den Verfasser kenne. Er, Foerster, habe im Urlaub das Buch seiner Frau vorgelesen; es enthalte „vieles sehr Richtige", vor allem die „Beurteilung der Sozialistenfrage …, deren Gefährlichkeit m. E. nicht überschätzt werden kann." Remedur könne aber seiner Meinung nach – im Gegensatz zu Frymanns Vorschlägen – nicht „von oben, vom Kaiser und der Regierung kommen", sondern nur von einer „Bewegung von unten", durch einen „Zusammenschluss und eine Organisation aller Gegner der Sozialdemokratie, auf die sich die Regierung alsdann stützen kann". Er fügte in einem späteren Brief hinzu, er gehe davon aus, dass Hugenberg und seine Freunde an der Ruhr weiterhin an der Politik „der eisernen Hand" gegenüber der Sozialdemokratie festhalten wollten.[46] Gleichzeitig hoffte er auf eine „starke und entschlossene Persönlichkeit", die „unsere politischen Verhältnisse" bessern könne, eine kaum verhüllte Kritik an der politischen Führung im Reich.

Das Jahr 1913 war auch das Jahr der nationalen Feiern im Deutschen Reich: 100 Jahre Leipziger Völkerschlacht, 25-jähriges Thronjubiläum des Kaisers. Der alldeutsche Nationalismus feierte Erfolge, nicht zuletzt durch die massive Agitation des Deutschen Wehrvereins. Die alldeutsche Verbandsführung rückte in diesem Jahr politisch weiter nach rechts, die Kritik an der Reichsregierung und insbesondere am Reichskanzler Bethmann-Hollweg verstärkte sich. Seit dem Sommer 1913 gab es Kooperationssondierungen mit dem antidemokratischen Lager innerhalb der großen wirtschaftlichen Interessenverbände: dem Bund der Landwirte, der Interessenvertretung des preußischen Großgrundbesitzes, dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband, einer Vereinigung der kleinen Ladengeschäftsinhaber und Kleingewerbetreibenden sowie Gruppen im Centralverband Deutscher Industrieller, der Interessenvertretung der Großindustrie. Insbesondere Hugenberg und seine Freunde an der Ruhr suchten eine Nationale Opposition gegen die Regierung des Kanzlers Bethmann-Hollweg zu schmieden, dem man innen- wie außenpolitisch Schwäche[47] vorwarf.

Der Alldeutsche Verband, diesmal vertreten durch den bayerischen General a. D. Konstantin Frhr. von Gebsattel, der über die

Bild links:
Buchtitel; es erlebte bis zum Frühjahr 1914 fünf Auflagen. Eine 8. Auflage erschien 1935.

44 BArch Koblenz, Nachlass Hugenberg Nr. 10, Claß an Hugenberg, 2.6.1914, spricht von der „uns unfreundlichen Gesinnung des großindustriellen Oberhaupts", gemeint ist Krupp von Bohlen und Halbach.

45 BArch Koblenz, Nachlass Hugenberg Nr. 13, Foerster an Hugenberg, 1.4.1913; Foerster (1861-1939) machte wie Hugenberg Karriere im preußischen Finanzministerium und amtierte seit 1910 als Regierungspräsident in Königsberg.

46 BArch Koblenz, Nachlass Hugenberg, Nr. 13, Foerster an Hugenberg, 6.10.1913.

47 Vgl. Hartmut Pogge-v. Strandmann, Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann-Hollweg, in: H. Pogge-v. Strandmann/Immanuel Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges. Frankfurt 1965, S. 11 ff.

Lektüre des Kaiserbuches zum Alldeutschen Verband gestoßen war, ging einen Schritt weiter: In einer Denkschrift mit dem Titel „Gedanken über einen notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands“, die unter anderem der bayerische Kronprinz, der Kaiser, Reichskanzler Bethmann-Hollweg und der Kronprinz im November 1913 erhielten, nahm von Gebsattel zentrale innenpolitische Forderungen (Wahlrecht, Judenfrage) des sogenannten Kaiserbuches auf, wobei er die Reichsregierung offen zum Verfassungsbruch von oben aufforderte. Die Denkschrift wurde gedruckt und ging an rund 200 ausgewählte Personen: Inwieweit auch Possehl oder Neumann auf der Empfängerliste standen, ist nicht überliefert.

Bündnispartner dieser Frondeure um Claß und Hugenberg wurden die Verbandsspitzen im Bund der Landwirte und im Reichsdeutschen Mittelstandsverband; diesen Mittelstandsverband hatten Großindustrie und Bund der Landwirte schon 1911 gemeinsam aus der Taufe gehoben und finanziert.

Im August 1913 wurde von diesen drei Organisationen auf einer Tagung in Leipzig das sogenannte Kartell der schaffenden Stände öffentlich gegründet.[48] Dessen Programmpunkte betonten unter anderem, dass der gesellschaftspolitische Status quo und die Bekämpfung der Sozialdemokratie weiterhin zentrales Ziel deutscher Politik bleiben müssten; die Autorität in den Betrieben und der sogenannte Schutz der Arbeitswilligen müssten sichergestellt bleiben.

Senator Neumann hatte für die Führung des Alldeutschen Verbandes an den Vorbereitungsgesprächen teilgenommen; das Ziel sei, wie Neumann am 5. September 1913 auf einer internen Verbandssitzung mitteilte, „gegen die zunehmende Demokratisierung … eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte“[49] herzustellen. Inwieweit Neumann seinen Senatskollegen Possehl über diese Gespräche informiert hat, muss dahingestellt bleiben.

IV.

Als politischer Akteur im Ersten Weltkrieg, zum Beispiel in der seit Kriegsbeginn anlaufenden Kriegszieldebatte, taucht Emil Possehl in den Jahren 1914 bis 1916 nicht auf. Hierfür sind keine Quellen vorhanden.

Possehl war in diesen Monaten damit beschäftigt, die gegen ihn seitens der Reichsregierung erhobenen Landesverrats-Vorwürfe zurückzuweisen, die alle anderen Aktivitäten blockierten. Possehl und seinem Prokuristen wurde vom Reichsgericht in Leipzig vorgeworfen, nach Kriegsausbruch Röhrenstahl ins Ausland geliefert zu haben, eine Geschäftspraxis, die sich zum Vorwurf des Landesverrats verdichtete. Das führte zu Possehls Verhaftung am 23. April 1915, die Hauptverhandlung wurde zum 15. Dezember 1915 vor dem Reichsgericht in Leipzig anberaumt. Am 5. April 1916 erfolgte dann der Freispruch Possehls.[50]

In der bis Ende 1916 nichtöffentlich geführten Kriegszieldebatte gab der Alldeutsche Verband von Anfang an die Richtung vor; seine

48 Zum Kartell der schaffenden Stände vgl. D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 352 ff.
49 Ebenda, S. 396.
50 A. Schildt, Possehl. Geschichte und Charakter einer Stiftung, S. 92.

Forderungen wurden von den großen Wirtschaftsverbänden, insbesondere dem Centralverband Deutscher Industrieller, dem Bund der Industriellen, dem Bund der Landwirte und dem Deutschen Landwirtschaftsrat, in der Folgezeit weithin übernommen und gegenüber der Reichsregierung offensiv vertreten.

An der ersten großen Besprechung über die alldeutschen Kriegsziele im Oktober 1914 in Berlin nahmen von alldeutscher Seite Claß, der bayerische General a. D. Konstantin Frhr. von Gebsattel, Senator Neumann und Admiral Ferdinand von Grumme-Douglas teil, von Seiten der Großindustrie unter anderem Kirdorf, Stinnes und Hugenberg, und für den Bund der Landwirte schließlich Conrad Frhr. von Wangenheim.[51] Die erste große gedruckte Kriegsziel-Denkschrift von Claß vom Dezember 1914 befindet sich im Nachlass[52] Neumann im Lübecker Stadtarchiv. Hier wurde zum ersten Mal die Forderung nach Land „frei von Menschen", das heißt die Umsiedlung von Menschen im Osten, aufgestellt.

Emil Possehl kämpfte während dieser Zeit um seine Rehabilitierung als Unternehmer und Staatsbürger, was alle seine Kräfte beanspruchte. Im Dezember 1916, nach seinem Freispruch, engagierte er sich erstmals wieder politisch, aber hinter den Kulissen: Er beteiligte sich zusammen mit Neumann an einem großen Zeitungsprojekt des Alldeutschen Verbandes in Berlin, einem „völkischen Zeitungsunternehmen". Beide Namen standen auf einer Zeichnungsliste, sie beteiligten sich treuhänderisch mit jeweils 50 000 Mark.[53] Das waren keine riesigen Summen, verglichen etwa mit den großen Beträgen, die die Gruppe um Hugenberg aufbringen wollte, aber es war dennoch sehr viel Geld. Possehl konnte Ende 1916 überdies mitteilen, dass von etwa 50 Interessenten in Lübeck weitere 80 700 Mark gezeichnet worden seien.[54] Otto Helmut Hopfen (1870-1944), ein bayerischer Historiker und Schriftsteller, fungierte dabei als Werber in Norddeutschland für die alldeutsche Sache. Possehl war jetzt auch damit einverstanden, dass sein Name bei der Werbung um weitere Mitzeichner genannt werden durfte.

Insgesamt stellten die sogenannten „Freunde an der Wasserkante", die sogenannte Nordische Gruppe, rund 600 000 Mark in Aussicht,[55] wahrscheinlich vornehmlich Zeichner aus Hamburg um Hermann Blohm (Blohm & Voss), aus Bremen um den Konsul Ludwig Roselius (Kaffee HAG) sowie aus Kiel und Lübeck. Inwieweit Possehl – und womöglich mit welcher Summe – beteiligt war, ist nicht bekannt, Quellen hierfür fehlen.

Bis Ende 1916 wurden reichsweit 1,83 Millionen Mark gezeichnet; bei der offiziellen Gründung der sogenannten Neudeutschen Verlags-und Treuhandgesellschaft in Berlin Ende Januar 1917 waren es bereits zwei Millionen Mark. Mitte 1918 schossen Hugenberg und sein Kreis weitere 500 000 Mark nach.[56]

Unter den Namen, die am 10. Februar 1917 in das Berliner Handelsregister für die Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft eingetragen wurden, befanden sich auch zwei Lübecker Namen, Senator Neumann und der selbständige Kaufmann Johann Heinrich

51 H. Claß, Wider den Strom, S. 354.

52 Stadtarchiv Lübeck, Nachlass Neumann Nr. 13, Anschreiben von Claß vom 22.12. 1914, demnach war die Denkschrift bereits im September 1914 entstanden.

53 Deutsches Zentralarchiv II Merseburg, jetzt BArch Berlin, Akten des Alldeutschen Verbandes Nr. 177a (alte Signatur), Possehl an Hopfen, 18.12.1916, zit. in: D. Stegmann, Die „Deutsche Zeitung". Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreiches, in: D. Bussiek, S. Göbel (Hrsg.), Kultur, Politik und Öffentlichkeit. Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S. 270, Anm. 13; zu Possehls Mitfinanzierung vgl. auch J. Leicht, Heinrich Claß, S. 231.

54 Deutsches Zentralarchiv Merseburg II, jetzt BArch Berlin, Akten des Alldeutschen Verbandes Nr. 177a (alte Signatur), Possehl an Hopfen 18.12.16: „...von hier, wie Kollege Neumann mir sagte, (sind) von etwa 50 Interessenten M 80700 gezeichnet worden."

55 Ebenda, Claß an Hopfen/Lohmann/Pretzell/v. Vietinghoff, 5.9.1916.

56 Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation, Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974, S. 305.

57 Frankfurter Zeitung Nr. 46, 16.2.1917, Ein neues alldeutsches Zeitungsunternehmen.

1917

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Generallandschaftsdirektor a. D. W. Kapp, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn

1. Jahrgang 1917 Heft 1 April

Inhalt:

Deutschlands Erneuerung (S. 1) .. .. Dr. Erich Kühn
Deutsche Weltanschauung (S. 6) .. .. H. St. Chamberlain
Deutsche Staatskunst (S. 27) .. .. H. Claß
Zur Erneuerung der Ethik (S. 35) .. .. Dr. Fritz Lenz
Deutsche Erziehungsaufgaben (S. 57) .. .. Prof. Dr. Otto Stählin
Völkische Außenpolitik (S. 74) .. .. Geheimrat M. v. Gruber
Bild der Lage — Unerfreuliches — Erfreuliches (S. 88) .. .. Dr. Erich Kühn

Erstausgabe der Zeitschrift mit den Herausgebern und Themen der ersten Beiträger.

Zäckel[57], damals (und zuvor) Kassenführer der Lübecker Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes. Doch der Name Possehl fehlte wiederum.

Um in der Hauptstadt Berlin eine öffentliche Stimme zu haben, wurde seitens der neuen Zeitungsholding, deren Aufsichtsratsvorsitzender Claß wurde, die defizitäre „Deutsche Zeitung“ wieder flottgemacht; daneben sollte die nationale Provinzpresse durch Aufkauf, Beteiligungen und/oder durch Vergabe von Inseraten wirtschaftlich gestützt werden. Zu diesem Zweck wurde die Vera Verlagsanstalt GmbH gegründet, eine weitere Etappe auf dem Weg zum Hugenbergschen Pressekonzern in der Weimarer Republik.

Eine weitere alldeutsche Gründung war zeitgleich die völkische Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, die parallel ab April 1917 in München bei Julius F. Lehmann, dem dedizierten alldeutschen Verleger, erschien. Herausgeber dieser Zeitschrift waren alldeutsche Universitätsprofessoren wie Georg von Below (Freiburg), Max von Gruber (München), Reinhold Seeberg (Berlin) und R. Geyer (Wien), weiterhin Claß, dann der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der Sprecher des ostpreußischen Großgrundbesitzes,[58] der Arzt Georg W. Schiele, ein Vertrauter Hugenbergs, sowie der Regierungspräsident Friedrich von Schwerin, der ebenfalls zum Hugenberg-Kreis gehörte. Houston Stewart Chamberlain endlich, Schwiegersohn Wagners, an führender Stelle im sogenannten Bayreuther Kreis der Wagnerianer tätig, stand für das Lager der konser-

58 Kapp war 1916 mit einer vertraulichen Denkschrift „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“, die an die Öffentlichkeit gelangte, als scharfer Kritiker Bethmann-Hollwegs hervorgetreten.

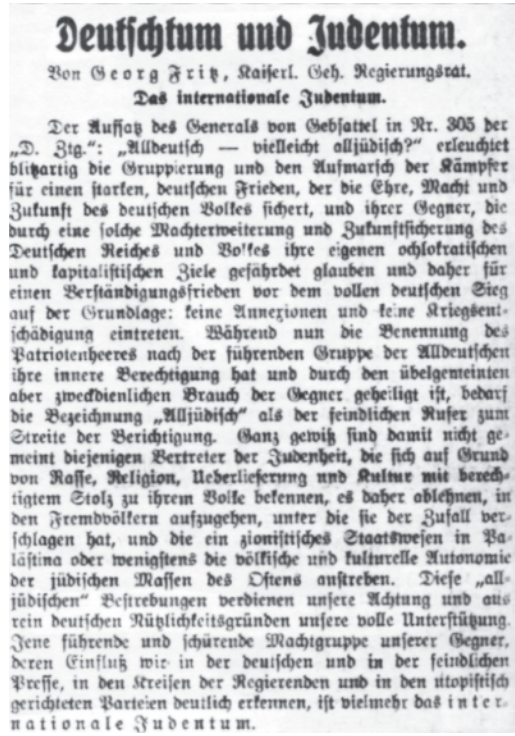
59 1918 trat der alldeutsche Berliner Historiker Dietrich Schäfer neu in das Herausgebergremium ein.

Morgen-Ausgabe

Deutsche Zeitung

Unabhängiges Tageblatt für nationale Politik.

Nummer 321 Berlin, Donnerstag, 28. Juni 1917 22. Jahrgang



Deutschtum und Judentum.

Von Georg Fritz, Kaiserl. Geh. Regierungsrat.

Das internationale Judentum.

Der Aufsatz des Generals von Gebsattel in Nr. 305 der „D. Ztg.": „Alldeutsch — vielleicht alljüdisch?" erleuchtet blitzartig die Gruppierung und den Aufmarsch der Kämpfer für einen starken, deutschen Frieden, der die Ehre, Macht und Zukunft des deutschen Volkes sichert, und ihrer Gegner, die durch eine solche Machterweiterung und Zukunftsicherung des Deutschen Reiches und Volkes ihre eigenen schlokratischen und kapitalistischen Ziele gefährdet glauben und daher für einen Verständigungsfrieden vor dem vollen deutschen Sieg auf der Grundlage: keine Annexionen und keine Kriegsentschädigung eintreten. Während nun die Benennung des Patriotenheeres nach der führenden Gruppe der Alldeutschen ihre innere Berechtigung hat und durch den übelgemeinten aber zweckdienlichen Brauch der Gegner geheiligt ist, bedarf die Bezeichnung „Alljüdisch" als der feindlichen Rufer zum Streite der Berichtigung. Ganz gewiß sind damit nicht gemeint diejenigen Vertreter der Judenheit, die sich auf Grund von Rasse, Religion, Ueberlieferung und Kultur mit berechtigtem Stolz zu ihrem Volke bekennen, es daher ablehnen, in den Fremdvölkern aufzugehen, unter die sie der Zufall verschlagen hat, und die ein zionistisches Staatswesen in Palästina oder wenigstens die völkische und kulturelle Autonomie der jüdischen Massen des Ostens anstreben. Diese „alljüdischen" Bestrebungen verdienen unsere Achtung und aus rein deutschen Nützlichkeitsgründen unsere volle Unterstützung. Jene führende und schürende Machtgruppe unserer Gegner, deren Einfluß wie in der deutschen und in der feindlichen Presse, in den Kreisen der Regierenden und in den utopistisch gerichteten Parteien deutlich erkennen, ist vielmehr das internationale Judentum.

vativ-völkischen Intelligenz.[59] Sie alle waren dann wenige Monate später in der Deutschen Vaterlandspartei an exponierter Stelle tätig.

In dieser neuen Zeitschrift kam ein völkischer Nationalismus ungefiltert zu Wort: So war hier im Oktober 1917 anlässlich der Gründung der Vaterlandspartei von der „jüdischen Zersetzungspresse" die Rede[60], die Reichstagsmehrheit wurde aggressiv bekämpft.

In diesem Frühjahr 1917 meldete sich Senator Possehl auch öffentlich zu Wort. Sein Name befand sich unter einem Werbeaufruf vom April 1917 für den Alldeutschen Verband in der alldeutschen Zeitschrift „Der Panther", den außer ihm weitere Berufskollegen unterzeichnet hatten: Emil Kirdorf, der kleine Hannoveraner Maschinenbauindustrielle Bertold Körting, Anton von Rieppel, der Vorstandsvorsitzende der MAN in Nürnberg, der Hallenser Maschinenbauindustrielle L. Lehmann und die Ruhrindustriellen Eugen Kleine (Vorsitzender der Handelskammer Dortmund), Wilhelm Olfe (Hibernia) und Wilhelm Funcke (Bergbaulicher Verein) sowie Wilhelm Beumer, der Geschäftsführer des sogenannten Langnamvereins,[61] der Interessenvertretung der Ruhrindustrie in Düsseldorf. Es scheint, als sollte hier mit diesen Namen dokumentiert werden, dass Nord und Süd, Ost und West im industriellen Deutschland für den Alldeutschen Verband optierten.

Die „Deutsche Zeitung" erschien dann am 1. April 1917 in Berlin in neuem Gewande, sie definierte sich als ein radikal-völkisches Blatt, das inhaltlich an Positionen im sogenannten Kaiserbuch von Claß anknüpfte: außenpolitisch weitestgehende Kriegsziele im Osten und Westen, innenpolitisch Kampf gegen den sogenannten Verständigungsfrieden der neuen Reichstagsmehrheit vom Juli 1917, die sogenannte Friedensresolution des Reichstages, die als „Judenfrieden" gebrandmarkt wurde. Der Reichstag müsse stattdessen aufgelöst werden, er sei schon 1912 aus „Judenwahlen" hervor-

Oben:
Titelseite der Deutschen Zeitung 1917
Unten:
Antisemitischer Leitartikel von Georg Fritz in der Deutschen Zeitung

60 Deutschlands Erneuerung, H. 7, Oktober 1917, die ersehnte vaterländische Partei, S. 671.

61 Der Panther, H. 4, April 1917, S. 567 f.; Possehl zeichnete als Senator und Großkaufmann, vgl. D. Stegmann. Die Erben Bismarcks, S. 493, Anm. 286.

Originalaufnahme von E. Bieber, Berlin

Wolfgang Kapp.

gegangen, an seine Stelle solle eine Militärdiktatur der Obersten Heeresleitung unter Ludendorff/Hindenburg treten. Gegenüber der Obersten Heeresleitung trat Claß intern für ein kleines schlagkräftiges Zivilkabinett ein, für das er unter anderem seinen Freund Neumann vorschlug.[62]

Innenpolitisch ergriff das Blatt vehement Partei gegen die eingeleitete Neuorientierung – Wahlrechtsreform in Preußen, Einsetzung eines Verfassungsausschusses – durch die neue Reichstagsmehrheit: SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei vom Juli 1917. Das 1912 befürchtete Szenario war eingetreten, weil jetzt das katholische Zentrum unter Führung von Matthias Erzberger (und nicht die Nationalliberale Partei unter Stresemann) eine Schwenkung nach links hin zur SPD und zur FVP vollzogen hatte. Es war die spätere Weimarer Koalition, die jetzt eine Neuorientierung der deutschen Politik einforderte.[63]

Als Reaktion auf diese neue Parteienkonstellation im Deutschen Reichstag wurde am Sedanstag, dem 2. September 1917, in Königsberg die Deutsche Vaterlandspartei von Ostpreußen aus als große außerparlamentarische Sammlungsbewegung gegründet.[64] Die alten Kartellgruppen aus dem August 1913 bildeten dabei ihr soziales und politisches Fundament. An der Spitze der Vaterlandspartei standen der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und Großadmiral Alfred von Tirpitz, Ehrenvorsitzender wurde Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg.

Auch Emil Possehl war für eine Führungsposition im Gespräch, als der alldeutsche Verbandschef Ende August 1917 Kapp eine Vorschlagsliste für ein 12-köpfiges Leitungsgremium der Vaterlandspartei unterbreitete; letztlich sah Claß dann Possehl aber als „doch nicht geeignet“[65] an.

Der Alldeutsche Verband war an der Gründung unmittelbar beteiligt, stützte die Vaterlandspartei, war eine Zeitlang durch Claß, dann durch die Universitätsprofessoren Dietrich Schäfer (Berlin) und unter anderem Georg von Below (Freiburg) in ihrem Vorstand vertreten, verstand sich aber als der aktivere, kompromisslose Part, der eine Politik ohne jede gouvernementale Rücksichtnahme einforderte, die zum Beispiel Claß intern Tirpitz vorwarf. Hier, am rechten Rand der Vaterlandspartei, sammelte sich das dediziert völkisch-antisemitische Lager. Die Führung der Vaterlandspartei gab zwar vor, keine innen-, sondern nur außenpolitische Ziele zu verfolgen, die Parteiführung wollte intern jedoch keine Wahlrechtsänderung in Preußen und hielt am verfassungsrechtlichen Status quo fest.

Der sogenannte Verständigungsfrieden der Reichstagsmehrheit vom Sommer 1917 wurde als nationales Unglück bekämpft. Die Vaterlandspartei wollte dagegen die Nation für den Siegfrieden mobilisieren, den sogenannten Hindenburg- beziehungsweise Deutschen Frieden und entfaltete dafür eine breitgefächerte Agitation mittels einer eigenen Rednerabteilung.

Im Januar 1918 wurde in Berlin eine Frauenabteilung, im März dann eine Arbeiterabteilung errichtet. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte

Bild links:
Wolfgang Kapp (1858-1922);
Foto: G. W. Schiele, Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums, München 1917.

62 A. Kruck, S. 103 f.

63 Vgl. dazu das Standardwerk von Udo Bermbach, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967.

64 Zur Vaterlandspartei vgl. D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, 1970, S. 489 ff; ders., Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände, in: D. Stegmann/B.-J. Wendt/P.-Chr. Witt (Hg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für F. Fischer, Bonn 1983, S.199-230, zuletzt ders., Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein 1917-1918. Konservative Sammlungsbewegungen in der Provinz, in: DG Bd. 20, 2009, S. 41-76, und ebenda, Bd. 24, 2013, S. 39-62, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts. Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlandspartei 1912-1918. Die Monographie von Heinz Hagenlücke, Die Deutsche Vaterlandspartei. Die Nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997, ist insbesondere in sozialgeschichtlicher Perspektive enttäuschend, vgl. meine Rezension in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 10, 1999, S. 953 f.

65 Claß an Kapp, 27.8.1917, in: DZA II (Merseburg), NL Kapp DX Nr. 62,(= alte Signatur); jetzt in Geh. Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz, Berlin (= GStA Berlin, NL Kapp).

Bild rechts:
Broschüre zum 1. Parteitag der Deutschen Vaterlands-Partei in Berlin am 24. September 1917 mit ausgewählten Rednerbeiträgen.

ein großer Aufruf an Deutschlands Frauen zum Eintritt in die Deutsche Vaterlands-Partei, die Adresse umfasste 135 bürgerliche und 85 adlige Namen.[66]

Zeitgleich wurde im März 1918, auf dem Höhepunkt der deutschen Frühjahrsoffensive im Westen, in die Öffentlichkeit der Aufruf einer Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei von Kapp und seinen Hintermännern lanciert, die mit antisemitischen und nationalistischen Slogans Mitglieder zu werben suchte.[67] Georg W. Schiele, ein ehemaliger Arzt aus Naumburg, der enge Vertraute Kapps und Hugenbergs, zeitweise Geschäftsführer der Vaterlandspartei in Berlin, fragte im August bei Hugenberg[68] nach, inwieweit dieser die Reichstagskandidatur des Vorsitzenden der Partei, „unseres Freundes Gellert", im Oktober 1918 in Berlin unterstützen könne. Schiele betonte, Gellert habe „völkische Grundsätze" und er „würde es sich wahrscheinlich nicht verbieten lassen, auch eine kräftige antisemitische Note anzuschlagen".

In München saß auch der spätere Gründer der Deutschen Arbeiterpartei 1919, der Werkzeugmacher Anton Drexler, nicht nur im Arbeitsausschuss der Ortsgruppe München der Vaterlandspartei, sondern war auch neben anderen völkischen Arbeitern im sogenannten Freien Ausschuss für einen Deutschen Arbeiterfrieden in Bremen tätig, ebenfalls eine verdeckt operierende Gründung der Vaterlandspartei. Für den Historiker Friedrich Meinecke, Zeitgenosse und Führungsmitglied der Gegengründung, des Volksbundes für Freiheit und Vaterland[69], waren in dieser Perspektive rückblickend „Alldeutsche und Vaterlandspartei ein genaues Vorspiel für den Aufstieg Hitlers".[70]

Ein erster großer Parteitag der Deutschen Vaterlandspartei fand am 24. September 1917 in Berlin statt, ein zweiter Parteitag am 19. April 1918, damals wähnte man sich nach der eingeleiteten militärischen Großoffensive im Westen auf der Siegerstraße des Weltkrieges.

Diese neue außerparlamentarische Opposition konnte bis zum September 1918 in 2536 Ortsvereinen und 31 Landesvereinen von Ostpreußen bis Bayern rund 800 000 Einzelmitglieder organisieren, mit den korporativ angeschlossenen nationalen Vereinen und Verbänden waren es mehr als 1,25 Millionen Mitglieder. Hier sammelte sich die ganz überwiegende Mehrheit des Bildungs-und Besitzbürgertums: Vertreten waren das industrielle Unternehmertum, Universitätsprofessoren[71], Studenten[72], höhere Beamte aus der staatlichen und kommunalen Verwaltung (Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte), dazu höhere Justiz- und Postbeamte sowie zahlreiche Gymnasiallehrer, protestantische Pastoren, dazu Mitglieder des sogenannten Alten Mittelstands – selbständiges Handwerk und Kleingewerbe –, dann Freie Berufe (Ärzte und Rechtsanwälte), endlich einige wenige nationale Angestellte und nationale Arbeiter. Auch Frauen aus dem adligen und bürgerlichen Bildungs- und Besitzbürgertum wurden in großer Zahl gewonnen, man muss von deren deutlicher Politisierung in der Endphase des Krieges ausgehen.

66 Darunter die Ehefrauen mehrerer preußischer Landräte, die des Regierungspräsidenten von Königsberg, Gramsch, und des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, v. Rheinbaben.

67 D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII, 1972, S. 381 ff., dort S. 417 f. das Programm.

68 BArch Koblenz, Nachlass Hugenberg Nr. 46, Schiele an Hugenberg 7.8.1918; die Kandidatur Gellerts in einem Berliner Wahlkreis Mitte Oktober kam zustande, er erhielt kaum Stimmen.

69 Der Volksbund versammelte die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Führung Carl Legiens über die Christlichen Gewerkschaften Adam Stegerwalds bis hin zu den liberalen Angestelltenverbänden. Namhafte Professoren wie Ernst Troeltsch, Max Weber, Friedrich Meinecke oder Ernst Francke unterstützten den Bund.

70 Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden, 2. Aufl. 1946, S. 50.

71 Für die Universitäten, Technischen und Tierärztlichen Hochschulen habe ich insgesamt 132 Professoren als Mitglieder namhaft machen können, davon 16 als Vorsitzende von Ortsvereinen; 3 saßen im Parteivorstand, 17 waren als Vorsitzende bzw. 2. oder 3. Vorsitzende bzw. als Mitglieder im Engeren Ausschuss der 31 Landesvereine vertreten.

72 An 12 Universitäten und drei Technischen Universitäten wurden studentische Ortsgruppen gegründet, ausgehend von Tübingen und Berlin; im Frühsommer 1918 wurde dann der Bund Deutschnationaler Studenten, finanziert von der Vaterlandspartei, ins Leben gerufen.

Deutsche Ziele

Reden
bei der ersten öffentlichen
Partei-Kundgebung

❖

Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg,

Großadmiral von Tirpitz,

Generallandschaftsdirektor a. D. Kapp,
v. Wangenheim, Tramm,
Scharnagl, v. Buhl,
Traub
u. a.

Verlag
Karl Curtius

Berlin W
Derfflingerstr. 20

Deutsche Vaterlandspartei
Ehrenvorsitzender: Joh. Albrecht Herzog zu Mecklenburg.
1. Vors.: Großadmiral v. Tirpitz. 2. Vors.: Generallandschaftsdirektor a. D. Dr. Kapp.
Landesverein Württemberg
1. Vors.: Prof. Dr. Heck, Tübingen. 2. Vors.: Oberstudienrat Dr. Egelhaaf, Stuttgart.
3. Vors.: Kommerzienrat Beringer, Stuttgart.
Mitgliedskarte
Name: Fr. Joh. Schillings, Pfarrmaennin
Wohnort: Freudenstadt
Geschäftsstelle des Landesvereins: Stuttgart, Schellingstr. 4 part. Fernruf 7119.
Postscheckkonto: Nr. 580 Allgem. Rentenanstalt Stuttgart.
Mitgliedsbeitrag 1 M. bezahlt.
Der Schatzmeister: H. Hiller.

Mitgliedskarte für „Fräulein Joh. Schillings", weibl. Mitglied im Landesverein Württemberg der Deutschen Vaterlandspartei;
Quelle: Internet, (Sammlung Stegmann)

Der adlige große Grundbesitz war insbesondere in den östlichen Provinzen Preußens präsent, aber auch in Schleswig-Holstein oder in der Rheinprovinz, daneben zahlreiche Guts- und Hofbesitzer im Westen und Norden.[73]

Auch mehrere Mitglieder des Hochadels gehörten der Vaterlandspartei an.[74]

Die Vaterlandspartei blieb in erster Linie eine preußische Gründung und war von daher dominant im größten Bundesstaat Preußen, hier allein waren 1641 Ortsvereine angesiedelt, die außerpreußischen Landesvereine stellten lediglich 895 Ortsvereine. Hier war das Königreich Sachsen mit allein 355 Ortsvereinen am stärksten.[75]

An der Spitze der Ortsvereine, der Basis der Bewegung, dominierten protestantische Pfarrer mit allein 478 Nennungen, davon allein 343 in Preußen, hier vorzüglich in Pommern, der Provinz Sachsen, in Ostpreußen und Schlesien. Die Ortsvereinsvorsitzenden waren wichtige Multiplikatoren der Partei vor Ort. Das gilt nach den Pfarren auch für die höheren Beamten, sie lagen in Preußen mit 265 Nennungen auf Platz 2, es handelte sich hierbei vorrangig um Gymnasiallehrer. Zu dieser Statusgruppe gehören auch 16 Universitätsprofessoren, die an ihren jeweiligen Hochschulstandorten[76] tätig wurden. Es folgten die Ritterguts- und Gutsbesitzer (223), dann die Bürgermeister und Gemeindevorsteher (175). Industrielle, Rentiers und Kaufleute waren mit 127 Nennungen präsent, Volksschullehrer mit 114 und Freie Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte) mit 89. Demgegenüber waren Bauern und Hofbesitzer (60) deutlich schwächer vertreten, ebenso wie kleine und mittlere Beamten (42). Das gilt ebenfalls für höhere Offiziere a. D. (14)[77], Handwerker und Gastwirte (15). Eine marginale Rolle als Ortsvereinsvorsitzende spielten demgegenüber Arbeiter (8) und Angestellte (4). Insgesamt 18 Frauen, adlige und bürgerliche, standen reichsweit an der Spitze von Ortsvereinen: in Preußen 16, und zwar in Ostpreußen, Westpom-

73 Ostpreußen: Heinrich Graf v. Dönhoff- Friedrichstein, Graf zu Dohna-Schlodien, Fürst zu Dohna-Schlobitten, Elard v. Oldenburg-Januschau; Pommern: Ernst v. Bonin, v. Köller, Graf Schwerin-Löwitz, Graf v. Schlieffen; Schleswig-Holstein: Graf v. Waldersee, Graf v. Reventlow-Altenhof, Graf v. Baudissin-Borstel, Graf zu Rantzau-Breitenburg. Mindestens 67 Mitglieder des Preußischen Herrenhauses waren Mitglieder der Vaterlandspartei.

74 Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen, Enkel des Prinzen Albrecht, des Bruders von Kaiser Wilhelm II.; Prinz Julius zur Lippe; Friedrich Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg; Fürst Christian Ernst zu Stolberg-Wernigerode; Fürst zu In- und Knyphausen; Fürst Günther von Schwarzburg; Fürst zu Bentheim und Steinfurth; Prinz Schönburg-Droysig oder Fürst Castell-Castell.

75 Eigene Berechnungen nach Vaterland Jahrbuch 1919, hrsg. im Auftrag der Deutschen Vaterlandspartei, Berlin o. J. (1918).

76 Preußen: Göttingen, Bonn, Kiel, Münster, Breslau; Bayern: Würzburg, Erlangen, München; Württemberg: Heidelberg, Tübingen; Baden und Elsass-Lothingen: Freiburg, Straßburg; Hessen: Marburg; Thüringen: Jena; TU Braunschweig.

77 Zumeist Generäle und Admiräle a. D. bzw. z. D.

mern, Brandenburg, Schlesien und Groß-Berlin, die Mehrzahl in Pommern; in den außerpreußischen Landesvereinen gab lediglich zwei weibliche Ortsvereinsvorsitzende.

In der Führung der Landesvereine gab es ebenfalls einzelne Frauen, so prominent Martha Voß-Zietz als 3. Vorsitzende im Landesverein Schleswig-Holstein.[78] Sie trat als Rednerin auf dem 2. Parteitag im April 1918 auf. In den außerpreußischen Landesvereinen amtierte ebenfalls eine einzige Frau an exponierter Stelle – Frau Retzlaff – als Geschäftsführerin des Landesvereins Hessen (Gießen).

Betrachtet man die Ebene der Leitungsfunktionen in der Partei – Parteivorstand, die Vorsitzenden der 31 Landesvereine samt deren sogenannten Engeren Ausschüssen –, dann verschiebt sich dieses Bild.

In Preußen (258 Nennungen) rangierten höhere Beamten (77) zahlenmäßig vorn; innerhalb dieser Gruppe waren Oberbürgermeister[79] (22 Nennungen), Universitätsprofessoren (20), Gymnasiallehrer (12) und höhere Justizbeamte (9) am stärksten vertreten. Es folgte das Lager des industriellen Unternehmertums (58); Rittergutsbesitzer (33), mehrheitlich adlig, rangierten schon deutlich dahinter. Auf den hinteren Plätzen versammelten sich Rechtsanwälte und Ärzte (13) und Pastoren (11). Auch 9 nationale Arbeiter saßen in diesen Leitungsgremien, mit ihnen sollte dokumentiert werden, die Vaterlandspartei stelle eine breite Volksbewegung dar. Höhere Militärs a. D. (8), höhere Angestellte (6), selbständige Handwerker (6), mittlere und kleine Beamte (5), 2 Volksschullehrer, 2 Landwirte und eine Frau (Voß-Zietz) komplettieren dieses Bild.[80]

Auch in den nicht-preußischen Landesteilen ergibt sich ein ähnliches Bild auf der Führungsebene: Bei rund 100 nachgewiesenen Berufen rangierten ebenfalls höhere Beamte mit 32 Nennungen unangefochten auf Platz 1 (darunter 10 Universitätsprofessoren, 5 Gymnasiallehrer sowie ein einziger Oberbürgermeister); Industrielle, Direktoren und größere Kaufleute folgten auf Platz 2 (19). Dahinter rangierten Arbeiter (7), nahezu gleichauf mit Rittergutsbesitzern (8), es folgten Angehörige der Freien Berufe (6), Handwerksmeister (6), höhere Offiziere a. D. (6) sowie mittlere Beamte (5). Angestellte (3) waren hier ebenso marginal vertreten wie Pastoren (2), Volkschullehrer (3), Landwirte (1) oder die erwähnte einzige Frau.

Finanziert wurde die Vaterlandspartei sofort im Gründungsmonat September 1917 durch eine Anschubfinanzierung von einer Million Mark, für die sich maßgeblich Hugo Stinnes in den Vergabegremien des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats stark machte.[81] Im Juni 1918 schoss der gleiche Förderkreis noch einmal 2 Millionen Mark nach.[82] Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Essen um Emil Kirdorf, Hugo Stinnes und August Thyssen war dabei die strategische Hauptfinanzierungs-Gruppe, ohne deren Gelder die Vaterlandspartei im September 1917 gar nicht hätte starten können. Weitere Gelder wurden unter anderem vom Kruppkonzern (Al-

Werbeplakat der Berliner Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, Dresden 1917; Deutsches Historisches Museum, Berlin.

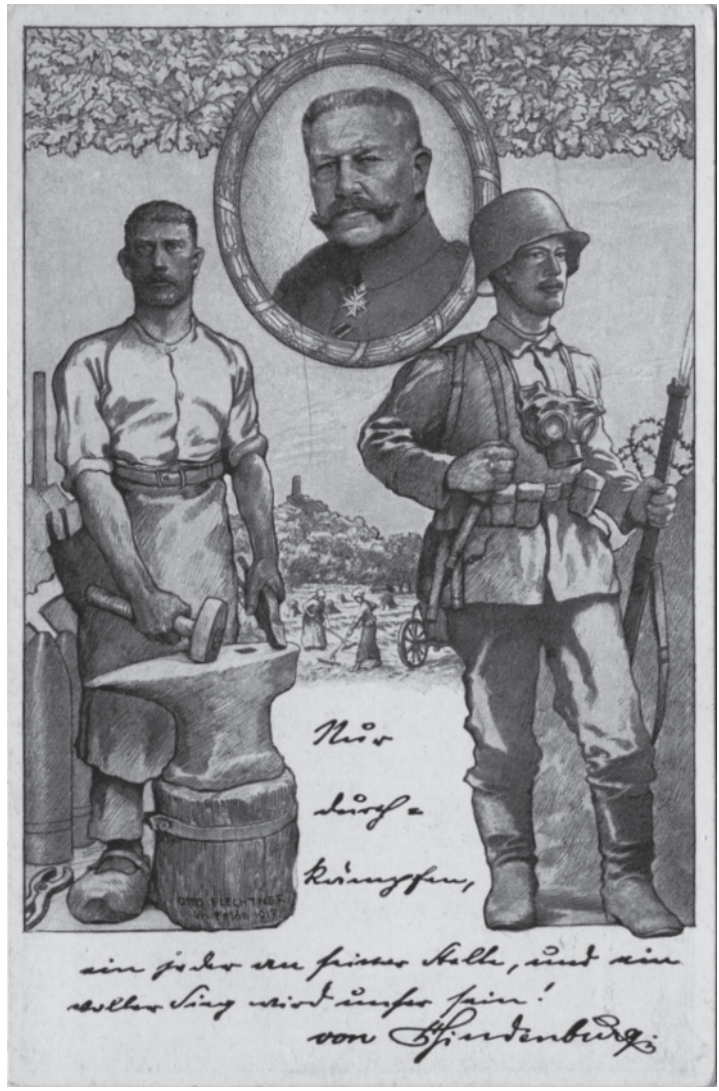
78 Sie war 1916 im Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine tätig und Vorsitzende des Deutschen Verbandes der Hausfrauenvereine, Hamburg, gegründet 1915. Bis 1917 war sie Mitglied der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei gewesen.

79 U. a. Königsberg, Tilsit, Allenstein, Danzig, Berlin, Potsdam, Halle, Hannover, Gelsenkirchen, Erfurt, Naumburg, Zeitz, Bernburg, Eisleben.

80 Bei vier Personen konnte der Beruf nicht nachgewiesen werden.

81 Protokoll des Geschäftsausschusses des Kohlensyndikats vom 21.9.1917 bei Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924, München 1998, S. 505 ff. Teilnehmer waren u. a. Kirdorf, Stinnes und August Thyssen. Auch die Saarindustriellen (Röchling, Stumm) und die mitteldeutschen (Lehmann) und bayerischen (Fromm, Maximilianshütte) Eisen- und Stahlindustriellen unterstützten die Partei ebenso wie die Mehrheit der Maschinenbau- und Werftindustriellen in Norddeutschland,

82 Emil Kirdorf an Wolfgang Kapp, 1.6.1918 (Nachlass Kapp), zit. bei D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 507.



Werbepostkarte des Landesvereins Hamburg der Deutschen Vaterlandspartei; handschriftlicher Text: „Nur durchkämpfen, ein jeder an seiner Stelle, und ein voller Sieg wird unser sein! von Hindenburg". Die Worte Hindenburgs wurden hier offensiv für die Ziele der Partei instrumentalisiert. Quelle: Sammlung Stegmann

fred Hugenberg), der Saarindustrie (Gebr. Röchling, Stumm), einzelnen Großbanken (Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft), finanzkräftigen Gruppen in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck, in Berlin und in Bayern (München und Nürnberg [MAN]) aufgebracht.

Die oberschlesische Schwerindustrie, die großen Versicherungsgesellschaften und die Deutsche Bank mit Ausnahme der Disconto-Gesellschaft (Salomonsohn) und der Dresdner Bank (W. Müller) hielten sich hingegen fern. Das gilt auch für die Mehrheit der Chemie- und Elektroindustriellen, von bedeutenden Ausnahmen wie Wilhelm von Siemens oder Henkel (Düsseldorf) abgesehen. Die hier aufgebrachten Summen stehen in dieser Höhe in der Finanzierungsgeschichte der Parteien und Verbände im Kaiserreich ohne Beispiel da.

Werbepostkarte der Berliner Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei: „Denkt an uns"
Quelle: Sammlung Stegmann

Auch im Stadtstaat Lübeck wurde früh am 30. September 1917 zur Bildung eines Landesvereins aufgerufen; vier alldeutsche Senatoren – Georg Kalkbrenner, Cay Diedrich Lienau, Johannes Neumann und Emil Possehl – unterzeichneten den Gründungsaufruf in der Presse. Hier trat Possehl wieder öffentlich hervor.[83]

Aus der Lübecker Wirtschaft unterschrieben weiterhin der Präsident der Handelskammer, Konsul Dimpker sowie Großkaufmann Hermann Eschenburg, aus der Justiz prominent Landgerichtspräsident Richard Oemler, für die protestantische Kirche die Hauptpastoren Paul Lütge (Vors. der Synode) und Alfred Stülcken, dazu mehrere Oberlehrer, vier Richter und Staatsanwälte, mehrere höhere Beamte bei Bahn und Post, dazu zahlreiche Handwerksmeister, Rechts-

83 Lübecker Generalanzeiger Nr. 230, 2. Beilage, 30. 9. 1917.

Werbepostkarte der Berliner Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, „Den Krieg gewinnt, wer die stärkeren Nerven hat"
Quelle: Sammlung Stegmann

anwälte, Ärzte, kleine Beamte, Volksschullehrer und selbständige Kaufleute. Arbeiter und Angestellte sowie Frauen fehlten dagegen. Der sozialdemokratische Lübecker „Volksbote"[84] merkte an, von den 45 Unterzeichnern seien allein 27 Mitglieder des Alldeutschen Verbandes, darunter auch der Lübecker Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.[85] Ein zweiter Aufruf erfolgte am 3. Oktober, hier trat Vize-Admiral Kühne, der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Flottenvereins, der Partei bei.[86] Die offizielle Gründung des Landesvereins selbst erfolgte dann am Ende der ersten Oktoberwoche.[87]

Nach schwer zu überprüfenden Selbstaussagen will der Landesverein in Lübeck 1500 Mitglieder gewonnen haben; an seiner Spitze standen kleine selbständige Geschäftsinhaber,[88] während die alldeutschen Senatoren bewusst im Hintergrund blieben.

In der Kriegszielfrage machte sich der lübische Landesverein für

84 Lübecker Volksbote Nr. 231, 2. 1.1917, Die sogenannte Vaterlandspartei.

85 Der Name konnte nicht zugeordnet werden. Die Lübecker Filiale des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bestand seit 1909.

86 Lübecker General-Anzeiger Nr. 232, 3.10. 1917.

87 Der Vorsitzende Buchwald sprach in der ersten großen öffentlichen Versammlung mit rd. 1000 Personen in der Stadthalle am 20. Oktober davon, dass die Gründung vor „kaum 14 Tagen" erfolgte.

88 Vorsitzender des Landesvereins war ein selbständiger Goldschmied, der Landesgeschäftsführer Inhaber eines Wäschegeschäftes, vgl. D. Stegmann, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts, 2013, S. 61; Buchwald sprach am 20. Oktober von „fast 1.500" Mitgliedern.

die Herrschaft des Reiches in Belgien im Westen und im Osten für die Inbesitznahme Litauens und der „deutschen Ostseeprovinzen“ stark.[89]

Über die Finanzierung des lübischen Landesvereins jenseits der Unterstützung durch die Berliner Zentrale gibt es keine Unterlagen. Nur soviel ist überliefert: Possehl spendete Ende Juni 1918 noch einmal 3000 Mark[90] für die Berliner Zentrale der Partei, wobei er anmerkte, mehr könne Lübeck zur Zeit nicht leisten, er sei im Übrigen durch „vaterländische Aufgaben“ stark in Anspruch genommen, Aufgaben, die er im Einzelnen nicht benannte.

Anfang Frühjahr und bis in den Juli 1918 hinein glaubte Possehl noch weiterhin an den Siegfrieden im Westen, den „Deutschen Frieden“.[91]

Einen Monat später wendete sich die militärische Situation, die deutsche Front wurde durchbrochen. Seit dem 8. August 1918 zeichnete sich endgültig ab, dass der Krieg verloren war. Daran konnten die Durchhalteparolen der Vaterlandspartei und die Aufrufe zur Nationalen Verteidigung nichts ändern.

Für Emil Possehl war diese Wendung ein Sturz ins Bodenlose, wie er in seinen letzten Briefen an den Jugendfreund Paul Curtius bekannte.[92] Er starb desillusioniert am 4. Februar 1919.

Versucht man ein Resümee, so wird deutlich, dass der Unternehmer Emil Possehl politisch-ideologisch durch die politischen Maximen des von ihm bewunderten Reichsgründers Otto von Bismarck zeit seines Lebens geprägt blieb. Dem neuen Kaiser Wilhelm II., der sein Idol 1890 gestürzt hatte, stand er hingegen distanziert gegenüber. Spätestens am Vorabend des Ersten Weltkrieges kam es dabei zu seiner politischen Radikalisierung: Possehl optierte außenpolitisch durch die Unterstützung völkisch-nationalistischer Verbände wie dem Alldeutschen Verband seit Ende 1911, des Deutschen Wehrvereins 1912 und schließlich der Deutschen Vaterlandspartei 1917 nicht nur für weitgehende Kriegsziele im Westen und im Osten, sondern er öffnete, wenn auch indirekt, durch die finanzielle Unterstützung der alldeutschen Presse seit 1917 dem ins Kraut schießenden völkischen Nationalismus Tür und Tor. Innenpolitisch blieb Possehl durchgehend den autoritär-antidemokratischen Gesellschaftsbildern des Bismarck’schen Kaiserreichs verpflichtet.

Der Industrielle Emil Possehl war hier kein Einzelfall. Vergleichbare politische Zuschreibungen gelten für seine Geschäftsfreunde in der Ruhrindustrie, im Lager von Kohle, Eisen und Stahl: für Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf oder Hugo Stinnes, um nur die prominentesten Vertreter zu nennen.

89 Entschließung des Landesvereins Lübeck vom 17.11.1917 zur belgischen und baltischen Frage, in: Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 2, 21.12.1917, S. 6.

90 Deutsches Zentralarchiv II (Merseburg), jetzt BArch Berlin, Nachlass Kapp D X Nr. 73 (alte Signatur), Possehl an Geschäftsstelle in Berlin, 29. 6.1918.

91 H. Niendorf, S. 142.

92 Ebenda, S. 144.